

In ähnlicher Weise wie die Ständige Vertretung der BRD in der DDR entfalteteten auch die in der DDR akkreditierten Journalisten der BRD bzw. Westberlins Aktivitäten, die sich in die feindliche Hetzkampagne einordneten.

Besonders seitens der in der DDR akkreditierten Korrespondenten [REDACTED] vom Zweiten Deutschen Fernsehen [REDACTED] von der "Süddeutschen Zeitung" sowie des im Dezember 1976 aus der DDR ausgewiesenen Korrespondenten der ARD [REDACTED] erfolgte

- eine Bestärkung dieser Personen durch ideologische Einflußnahme (u. a. durch sogenannte Sprechstunden in den Büros dieser Korrespondenten),
- eine indirekte Inspirierung weiterer Bürger der DDR zur Antragstellung
- die Aufforderung zum organisierten gemeinsamen Handeln, worüber sie zwecks Erreichung von Massenwirksamkeit Veröffentlichungen in westlichen Massenmedien vornahmen.

Das Vorgehen der genannten feindlichen Organisationen, Einrichtungen und Gruppen ist wesentlich darauf gerichtet, feindlich-negative Kräfte in der DDR auf der Basis der Antragstellung zu aktivieren, sie zum planmäßigen Zusammenwirken mit diesen Stellen und zur Bildung von Gruppen sowie zum Übergang zur politischen Untergrundtätigkeit und zum organisierten und formierten Auftreten gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu veranlassen.

Damit sollen in der internationalen Öffentlichkeit der Eindruck des Bestehens einer "Bürgerrechtsbewegung" oder "inneren Opposition" hervorgerufen und Vorwände für ausländische Einmischungen geschaffen werden.

Das wurde von einzelnen feindlichen Kräften in der DDR aufgegriffen und zur gruppenweisen Tatbegehung übergegangen, wobei sie planmäßig, konspirativ und arbeitsteilig zusammenwirkten und staatsfeindliche Aktivitäten entfalteteten, die weit über eine angestrebte Übersiedlung in die BRD hinausgingen.